

GEMARKUNG LINDENBECK
FLUR 1 M 1 : 2000



Teil B

geändert per Beschluss 10/2012

Grund des § 35 Abs. 6 des Bundesgesetzes vom 27. Aug. 1997 (BGBl. I S. 2141) und der Landesabordnung vom 06. Mai 1998 (GVBl. S. 468) wird nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 22. 1. 2003 und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde folgende Satzung für den Außenbereich der Ortschaft Lindenbeck in der Gemeinde Gränzin erlassen:

assen. 27.2.13

1 Geltungsbereich

(1) Die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles Lindenbeck werden gemäß den, in den beigefügten Lageplänen, ersichtlichen Darstellungen festgesetzt. *Diese Satzung gilt nur für das in der Karte dargestellte Siedlungsgebiet der Ortsteile Lindenbeck und Lindenbeck-Neudorf.*

(2) Die nebenstehende Karte ist Bestandteil dieser Satzung.

enbeck.

§ 2 Zulässigkeit von Vorhaben und Festsetzungen

(1) Die Gemeinde kann für bebauete Bereiche im Außenbereich, die nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt sind und in denen eine Wohnnutzung von einem Gewicht vorzuziehen ist, durch Satzung bestimmen, daß Wohnzwecken dienende Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 6 nicht entgegengehalten werden kann, daß sie:

- einer Darstellung des Flächennutzungsplanes über Flächen für die Landwirtschaft oder Wald widersprechen

(2) Gemäß § 86 Abs. 3 LBauO-MV werden folgende Festsetzungen für eine künftige Bebauung auf den Abrundungsflächen getroffen:

Die Trufhöhe der Wohnbebauung ist der umgebenden Wohnbebauung anzupassen.

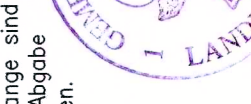
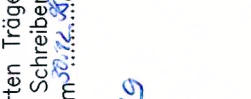
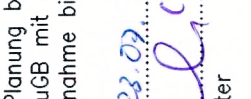
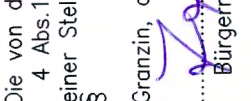
- die Entstehung oder Verstärkung einer Splittersiedung betriebl. lassen
- die Satzung kann auch auf Vorhaben erstreckt werden, die kleinere Handwerks- und Gewerbebetriebe dienen.

(3) Der Grad Versiegelung ist auf das für die Funktion unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

(4) Vorhandene Bäume und Großstrücker sind gemäß Baumschutzverordnung des Landkreises Parchim vom 12.01.96 zu erhalten.

--	--

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgestelltes aufgrund des Aufhebungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 12.05.98. Ratsschreiben, das Befähigungsschulbesitz ist durch die Aufnahme in das Bekennungsregister vom 22.12.92 bis zum 22.12.1999. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
2. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange und sonstiger Stellengruppe bis zum 22.12.1999 sind nicht eingetragen worden. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
3. Die Gemeindevertretung hat am 23.03.1999 den Entwurf der Außenberechtigung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
4. Der Entwurf der Außenberechtigung ist am 23.03.1992 noch § 3 Abs.2 BauOB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger auf dem Ratsschreiben vom 12.05.98 geltend gemacht werden können, öffentlich bekanntgemacht worden. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
5. Die Gemeindevertretung hat die vorgeschriebenen Bedenken und Anregungen sowie Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
6. Die Außenberechtigung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am 23.03.1999 von der Gemeindevertretung beschlossen. Die Begründung zum Plan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung beschlossen. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
7. Die Genehmigung der Außenberechtigung wurde mit der Verfügung der hohen Verwaltungsbehörde vom 22.12.1992 mit Nebenbestimmung der hohen Verwaltungsbehörde vom 23.03.1999. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
8. Die Auflagen wurden durch die zustandenspendenden Beschlüsse vom 23.03.1999 mit Verfügung der hohen Verwaltungsbehörde vom 19.03.1999 bestätigt. Soweit es die Genehmigung nicht geregelt war, 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
9. Die Außenberechtigung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung dazu, wird hiermit genehmigt. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister
10. Die Genehmigung der Außenberechtigung sowie die Stellungnahmen sind öffentlich bekannt gemacht worden. Die Außenberechtigung von Verleihen von Wasser und Fernwärme und vom Mangel der Bewässerung, sowie auf die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen und Erhalten der Entwässerungssysteme hingewiesen. Die Sachverhalte sind am 23.03.1999 in Kraft getreten. 
Graz, den 23.03.1999
Bürgermeister

PLANZEICHENERKLÄRUNG

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE ABFALLENTSORGUNG
UND ABWASSERBESEITIGUNG SOWIE FÜR ABLAGERUNGEN
(Par. 5 . Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB

Elektrizität

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN
FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG
VON NATUR UND LANDSCHAFT

(§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Maßnahmen zum Schutz, Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Ausgleichsmaßnahmen) (Baum)

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern
und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Be-
reichs, Flächen für den Gemeindebedarf
(§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB)

H	Bushallteststelle		Spielplatz
T			Telefon

SONSTIGE PLANZEICHEN

Fläche für Gemeinbedarf

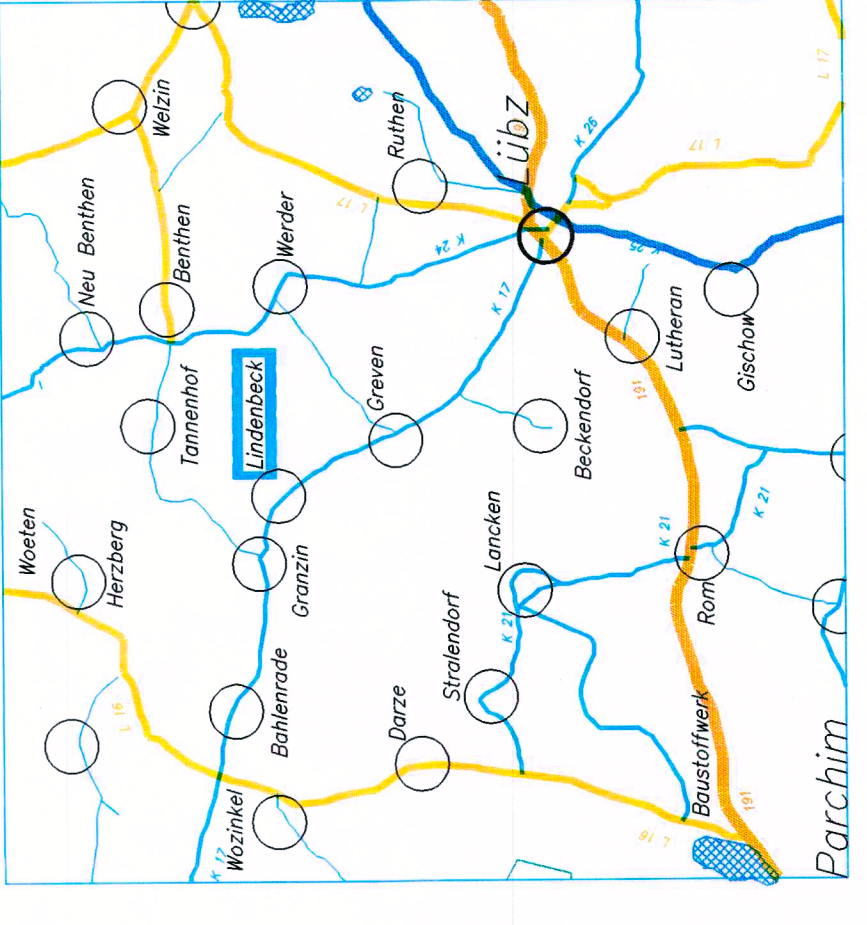
vorhandene Wohn- u. Nebengebäude

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
Par. 9 BauGB

 Umgrenzungen der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinn des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§5 Abs. 2 Nr. 6 und Abs.4 BauGB)

 Flächen in denen die Immissionsbelastungen keine Wohnbebauungen zulassen.

KARTE



aufgestellt: August 1998
geändert: Juni 1999

Aussenbereichssatzung

Ortsteil Lindenbeck

Gemeinde Granzin
Landkreis Parchim

Ingenieurbüro Kurth
Beratender Ingenieur VBI

ungferstraße 44, 19399 Goldberg, Tel: 038736/890

Die vorliegende Pöine wurden digitalisiert, entbehren der Vollständigkeit und haben nur informativen Charakter.